

Stephan Steins

Berliner Manifest

KPD

Auftragsarbeit des ZK
(Zentrales Koordinationskomitee) der
KPD Initiative
Autor Stephan Steins
Wissenschaftliche Mitarbeit Dr. Wolfgang Harich

*(Erstellt unter Verwendung auch von Materialien
der Mitgliedsorganisationen der KPD Initiative)*

Die Rote Fahne
Postfach 800 PA64
1080 Berlin
© 1992
Kostenbeitrag DM 10,-

KPD

Berliner Manifest

*Konzeptionelle und
programmatische
Grundlagen
zur Rekonstitution der
Kommunistischen
Partei
Deutschlands
KPD*

Inhalt

Grundsätze	8
Rekonstitution der Kommunistischen Partei Deutschlands 16. Parteitag der KPD	18

AKTIONSPROGRAMM

Frieden, Abrüstung und Völkerfreundschaft	20
Ökologie	22
Demokratische Grundrechte	26
Demokratische Justiz	29
Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit	30
Recht auf Wohnen	34
Arbeitswelt	35
Förderung der ökologischen Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und des Mittelstands	37
Demokratische Bildungspolitik	38
Kultur	40
Organisationsgrundlagen	41

Grundsätze

Wir Kommunisten / Sozialisten in Deutschland, ungeachtet unserer Staatszugehörigkeit, bekunden den Willen, einzutreten für die Wiederbelebung kommunistischer / sozialistischer Identität, für die Wiedererlangung unserer politischen Handlungsfähigkeit, gemäß unserer humanistischen und marxistischen Weltanschauung unsere Zersplitterung zu überwinden, zwischen Klassengegnern und divergierenden Positionen zu differenzieren und die Rekonstitution unserer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) durch einen 16. gesamtdeutschen Parteitag der KPD zügig vorzubereiten und durchzuführen.

Wir Kommunisten / Sozialisten schätzen ein, daß die objektive Lage in Deutschland und international auch für das vor uns liegende 21. Jahrhundert eine Kommunistische Partei erfordert, welche den emanzipatorischen Zielen der Arbeiterbewegung, dem Streben der Menschheit nach Frieden, ökologischer, sozialer, politischer und kultureller Befreiung, einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaftsordnung verpflichtet ist.

Wir erkennen in dieser politischen Zielstellung eine gesellschaftliche Herausforderung und Verantwortung für alle fortschrittlichen, humanistischen Teile der Gesellschaft, für alle Menschen die für ökologische Verantwortung, demokratische Grundrechte, soziale Gerechtigkeit, Frieden und die Verständigung der Völker eintreten, denn "Die Würde des Menschen ist unantastbar".

Insbesondere wollen wir die konkrete Zusammenarbeit an der Basis, das gemeinsame Herangehen an die bevorstehenden Aufgaben und eine gemeinsame kritische wie solidarische Diskussion fördern.

Die KPD identifiziert den Klassencharakter des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates, den es historisch zu überwinden und durch eine revolutionäre, entwickelte, sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen gilt.

Sozialismus ist für uns eine Gesellschaftsordnung auf der Grundlage von Humanismus und Demokratie, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Tatsächliche Demokratie kann nur auf der Grundlage gleicher sozialer Rechte errungen werden, Verfügungsgewalt an und Mehrwert aus Werten, Ressourcen und Produktionsmitteln müssen auf alle Mitglieder einer Gesellschaft gleich verteilt sein. Dabei können im Rahmen des gesellschaftlichen Eigentums verschiedene Formen kollektiver und individueller Besitzausübung zur Entwicklung und Entfaltung der Produktivkräfte von Nutzen sein.

Die gesellschaftliche Produktions- und Konsumtionsweise wird im Sozialismus den globalen ökologischen Erfordernissen untergeordnet. Der Erhalt der Umwelt ist vorrangiges Interesse des Menschen und nachkommender Generationen, welchem sich ökonomische Prozesse konsequent unterzuordnen haben.

Sozialismus bedeutet auch kulturelle Befreiung und Selbstbestimmungsrecht, freie kulturelle Entfaltung für Individuum und Gesellschaft.

In diesem Sinne stehen wir heute als Partei in der politischen und juristischen Tradition der 1918 von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mitgegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Der Zusammenbruch der sogenannten "realsozialistischen" Staaten stellt keine Niederlage des Sozialismus dar.

Stalinismus und "Realsozialismus" waren keine emanzipatorischen, sozialistischen Gesellschaftsordnungen.

Wir erkennen an, daß die Gründung der DDR, insbesondere aufgrund der Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus von 1933-1945, mit dem Anspruch vieler Menschen an Frie-

den, Demokratie und Sozialismus erfolgte. Daß diese ehrlichen Absichten, die sogar unter den Protagonisten des Stalinismus zu finden waren, nicht zur Befreiung der Menschen, sondern vielmehr zu einem weiteren Regime von Unterdrückung und relativer sozialer und kultureller Not geführt hatte, verdeutlicht, wie wichtig die Freiheit philosophischer Reflexion menschlichen Handelns ist und verpflichtet uns nachhaltige Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Stalinismus und "Realsozialismus" haben den Menschen weder soziale, noch politische Befreiung gebracht. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel lagen beim Apparat der staatlichen Bürokratie, respektive in den Händen einer Clique von Funktionären. Politische Mitwirkung oder gar Herrschaft der Arbeiterklasse wurden eliminiert und somit jeder marxistische, emanzipatorische gesellschaftliche Ansatz ad absurdum geführt. Stalinismus und "Realsozialismus" waren dem Wesen nach kapitalistische Gesellschaftsordnungen in verbalsozialistischer Erscheinungsform.

Für uns Kommunisten / Sozialisten ist daher Demokratie, sowohl innerparteilich, als auch auf gesellschaftlicher Ebene, unverzichtbarer Grundsatz unseres Denkens und Handelns. Sozialismus und Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden, zwei Seiten der selben Medaille. Eine Partei und eine Gesellschaft, welche ihre intellektuellen Potentiale konditioniert, beraubt sich ihrer eigenen Korrektive und ist zu Stagnation und Verfall verdammt.

Wir halten es mit Rosa Luxemburg, wenn sie schreibt:

Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialis-

tischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.^[1]

Die KPD versteht sich als strömungsübergreifende Partei mit der Möglichkeit Fraktionen, Plattformen und Interessensgruppen zu bilden, um unterschiedliche Positionen in- und außerhalb der Partei kommunizieren zu können.

So unbestreitbar wichtig historische Analysen und programmatische Grundsätze auch sein mögen, wir dürfen uns über diese zu klärenden Fragen nicht zerstreiten, sondern müssen gemeinsam fundierte und praktikable Antworten auf die brennenden Fragen der Gegenwart geben.

Unsere politische Handlungsfähigkeit darf nicht dadurch zum Erliegen kommen, daß wir in einzelnen Punkten zu unterschiedlichen Auffassungen gelangen. Die Geschichte auch der Arbeiterbewegung lehrt, daß nie ein Zustand umfassender, völliger Übereinstimmung erreichbar sein wird. Dennoch schreitet Geschichte weiter voran und erfordert kollektives Handeln auf breiter gesellschaftlicher Basis. Auch der Klassegegner findet trotz teils unterschiedlicher Positionen in den eigenen Reihen zu einer politischen Praxis, die es ihm ermöglicht seine Interessen kontinuierlich durchzusetzen.

In der KPD werden Beschlüsse mehrheitlich getroffen, Minderheitenpositionen werden nicht unterdrückt und sind bestandteil der kritischen und solidarischen Diskussion.

Als wichtigstes Projekt der konkreten strömungsübergreifenden Arbeit und als Medium der Kommunikation und Information innerhalb der Partei und in die Gesellschaft hinein, dient die Zeitung Die Rote Fahne.

Die Rote Fahne ist somit unsere zentrale Plattform zur Organisation der kritischen und solidarischen Diskussion und zentrales Nachrichtenmedium für unsere Pressearbeit und dar-

[1] Rosa Luxemburg - Zur russischen Revolution, 1918

über hinaus für soziale und demokratische Foren, Initiativen und Projekte breiter Bündnisse.

Generell werden Medienarbeit und Kommunikation einen zentralen Raum im Wirken der KPD einnehmen. Unter den Bedingungen der modernen Mediengesellschaft gilt es die kulturelle und mediale Hegemonie der Medienmonopole zu brechen.

Es macht nur dann Sinn Inhalte zu entwickeln, wenn gleichzeitig das Augenmerk auch auf deren Vermittlung gerichtet wird. Hierbei gilt es die Kommunikationsmechanismen der modernen Mediengesellschaft zu erfassen, die damit verbundenen Problem- und Aufgabenstellungen zu erkennen, angemessen zu gewichten und strukturelle Instrumentarien zu deren Bewältigung zu schaffen.

Der Großteil personeller und finanzieller Ressourcen der Partei ist auf diese Arbeit zu verteilen.

Die KPD lehnt jede Form von Dogmatismus und Ikonisierung entschieden ab. Unter dem Begriff des Dogmatismus verstehen wir die Unfähigkeit zur sachgemäßen Anwendung und schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus auf Grundlage wissenschaftlicher Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse. Dogmatismus schadet der Arbeiterbewegung durch voluntaristische Interpretation und Anwendung der marxistischen Philosophie auf die gesellschaftliche Realität und behindert die schöpferische Nutzung gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze, trennt die marxistische Theorie von der Praxis und der Entwicklung der Natur- und Gesellschaftswissenschaften.

Politisch führt Dogmatismus zum Sektierertum und produziert abenteuerliche Positionen im Klassenkampf.

Die Ikonisierung bedeutender Persönlichkeiten aus Philosophie und Arbeiterbewegung dient deren Vereinnahmung und Mißbrauch zum Zwecke des Dogmatismus. Die Überhöhung Sterblicher zu neuen Göttern führt weg von der Philosophie hin zur Religion. Religion ist die Abwesenheit von Philosophie.

Der Stalinismus hatte mit der Begriffsbildung vom "Marxismus-Leninismus" und durch Ikonisierung Philosophie negiert und eine neue Religion zum Zwecke des eigenen Machterhalts konstituiert.

Erste Opfer des Stalinismus waren Kommunisten / Sozialisten, die der neu ausgerufenen autokratischen Heilslehre nicht zu folgen vermochten. Stalinismus war somit ein blutiges Regime des Antikommunismus.

Mit der Annexion der DDR geht eine erneute Welle des Antikommunismus einher. Eine Unterscheidung zwischen Stalinismus und kommunistischer / sozialistischer Politik findet dabei nicht statt. Denkmalstürze, Straßenumbenennungen auch antifaschistischer Persönlichkeiten, Kriminalisierung ehemaliger DDR-Bürger, Berufsverbote, der Mißbrauch der Rentengesetzgebung als politisches Strafrecht und völkerrechtlich illegale Schauprozesse gehören zum Repertoire der BRD-Siegerjustiz.

Organisiertes Verbrechen, kapitalistische Wirtschaft und Staat, die Grenzen sind fließend, betreiben über die sog. "Treuhand", unter dem Schutz des bürgerlichen Rechts, die Aufteilung der Vermögenswerte der DDR in die Hände des organisierten Kapitals und der internationalen Mafia. Dabei werden Menschen ohne Rücksicht auf Verluste aus Betrieben und Wohnungen auf die Straße gesetzt.

Die propagandistisch organisierte Anti-Stasi-Hysterie wird benutzt, um Oppositionelle jeglicher Schattierung zu verfolgen, während die BRD-Geheimdienste unbehelligt illegale Geschäfte tätigen, ohne daß die Verantwortlichen dafür strafrechtlich belangt würden. Hingegen bleiben die Akten der BRD-Organen aus Bespitzelungen politisch Andersdenkender weiterhin geschlossen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich entschieden gegen diese Art und Weise der "Wiedervereinigung".

Dieser Anschluß der DDR an die BRD, ohne der Möglichkeit einer demokratischen Volksabstimmung, insbesondere über den "Einigungsvertrag" und seine Details, kommt einer Annexion gleich.

Wenn auch die Mehrheit der Menschen in beiden deutschen Staaten die staatliche Einheit begrüßen, so stehen sie doch dem Inhalt des "Einigungsvertrags", der völlig ohne Mitwirkungsmöglichkeit der Betroffenen geschlossen wurde, ablehnend gegenüber.

Ungezählte Familien hat die Sorge um die soziale Sicherheit ergriffen. Sie bangen um den Arbeitsplatz, die Wohnung, die zerstörte Umwelt, die Perspektiven ihrer Kinder. In Anbetracht der Verunsicherung des Lebens verbreiten sich Angst, Depression und Resignation.

Wir aber wollen Zeichen neuer Hoffnung setzen.

Rassismus und neofaschistische Gewalt breiten sich aus. Ein gefährlicher Rechtsruck und fortschreitende Militarisierung prägen die gesamte Innen- und Aussenpolitik der BRD.

Verstärkt formieren sich die westlichen imperialistischen Staaten zu einem globalen Imperium, dessen militärische Konstituierung im weiteren Ausbau der NATO zum NATO-Imperium zum Ausdruck kommt. Durch die wachsende koordinierte Macht des international organisierten Kapitals, verlieren die Nationalstaaten und deren Parlamente zunehmend an Einfluß auf die internationalen ökonomischen Prozesse.

Die Arbeiterklassen verschiedener Länder haben nicht unbedingt gemeinsame subjektive Gegenwartsinteressen.

So müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß Teile der arbeitenden Bevölkerung in mit dem Kapital kollaborierender Weise die Ausbeutungsmechanismen durch die hiesigen imperialistischen Staaten gegenüber der sogenannten "3. Welt" zumindest billigend in Kauf nehmen bzw. den daraus resultie-

renden Standard an Konsumtionsfähigkeit gegenüber diesen verteidigen.

Darum verbindet die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrer Politik die entschiedene Vertretung der nationalen Interessen des werktätigen Volkes der Bundesrepublik mit konsequentem Handeln entsprechend den Prinzipien des revolutionären Internationalismus. Solidarisch steht sie an der Seite aller Kämpfer gegen den Imperialismus.

Diese Entwicklung erfordert im besonderen Maße die internationale Kooperation der Arbeiterklassen aller Länder.

Die Kommunistische Partei Deutschlands strebt den Aufbau einer neuen Internationalen an, einer internationalen Kommunistischen Partei, als deren Teil sie sich versteht.

Sie unterstützt soziale und demokratische Foren, Initiativen und Projekte zu Verteidigung und Ausbau sozialer und demokratischer Errungenschaften der Arbeiterbewegung und verfolgt den Weg einer konstruktiven Bündnispolitik.

Dabei geht sie von den Realitäten des eigenen Landes aus und berücksichtigt zugleich die Erfahrungen und Lehren des internationalen Klassenkampfes.

In der SED/PDS hat sich qualitativ nicht wirklich eine grundlegende Änderung im demokratischen Denken und Handeln durchgesetzt.

Zwar distanziert sich die SED/PDS verbal vom Stalinismus, dies führte jedoch nicht zu nachhaltigen Konsequenzen in der politischen Praxis. Allein der Verzicht auf Devotionalien des Stalinismus und "Realsozialismus" bedeutet noch keine Abkehr von undemokratischem, manipulativem und sektiererischem Agieren.

Die SED/PDS verhält sich wie ein auf frischer Tat ertappter Dieb; sie entschuldigt sich zwar, aber eher dafür erwischt worden zu sein, als für das Verbrechen selbst.

Die Umbenennung der Partei ist lediglich das, was sie ist: eine Umbenennung.

Die SED/PDS ist weniger eine Partei - schon gar keine sozialistische - als vielmehr ein ordinäres bürgerliches Unternehmen zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der ehemaligen Führungseliten aus dem staatstragenden Apparat der DDR, für welche sie darüber hinaus auch eine kulturelle Heimat-Sozialisation bildet.

Sie bietet dem kapitalistischen Klassengegner und seinem bürgerlichen Staat ihre Dienstleistungen an. Diese bestehen darin, den potentiell revolutionären Widerstand gegen die Annexion der DDR und den Abbau demokratischer und sozialer Rechte in bürgerliche Bahnen zu kanalisieren und für den kapitalistischen Staat das Anwachsen einer konsequent sozialistischen, humanistischen und revolutionären Kraft links des bürgerlichen Lagers zu vereiteln.

Perspektivisch strebt die SED/PDS eine Annäherung an die SPD an, um sich im politischen Betrieb des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft einen festen Platz zu sichern. Dabei bedient sie sich scheinsozialistischer Phraseologie in ihrer Propaganda, um andererseits in der realen Politik schließlich sozialistische Grundsätze immer dann zu verraten, wenn dies der Verfolgung eigennütziger und rein wirtschaftlicher Interessen ihres Apparats dient.

Für diese Dienstleistungen am Kapitalismus wird die SED/PDS durch den Klassengegner entlohnt, bspw. dadurch, daß ihr die Vermögenswerte der KPD überlassen werden. Durch die Medienmonopole des Kapitals wird die SED/PDS in dem Maße promotet, wie dies erforderlich ist, die sozialistische, humanistische Linke klein zu halten.

Diese Lage gebietet:

Sammlung aller eigenen Kräfte, Konzentration auf das Wesentliche, entschlossene Solidarisierung untereinander statt weiterer Zersplitterung!

Darüber hinaus bietet uns die augenblickliche Lage die Möglichkeit eines qualitativen Sprungs nach vorne in den Fragen wissenschaftlicher Grundsätze kommunistischer Philosophie. Ohne eine konsequent geführte Selbstkritik bei der Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung der vergangenen Jahrzehnte, d.h. würden wir einfach so weitermachen, als ob nichts geschehen wäre, würde auch unsere künftige Arbeit zur weiteren Erfolglosigkeit verdammt.

Rekonstitution der Kommunistischen Partei Deutschlands

16. Parteitag der KPD

Der Kampf um soziale und demokratische Rechte und deren Verteidigung und für eine sozialistische Gesellschaftsordnung macht erst dann Sinn und wird erst dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn wir Kommunisten / Sozialisten die Organisationsfrage auf gesamtdeutscher Ebene geklärt haben werden. Dies ist heute DIE Gewissensfrage an jede(n) einzelne(n) Genossen und Genossin, genau hiervon hängt ab, welche historische Bedeutung eine neue Linke künftig erlangen wird.

Zu diesem Zweck ist der Weg über den 16. Parteitag der KPD, in Folge auf den 15. Parteitag vom 19./20. April 1946 der historisch und politisch indizierte.

Die Problematik 15. / 16. Parteitag der KPD ist darüber hinaus auch existenziell für die Rechtsnachfolge und juristische Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung. Die KPD orientiert sich dabei an den Beschlüssen ihres letzten (gesamtdeutschen) (15.) Parteitages der KPD vom 19. / 20. April 1946 in Berlin. Dort heißt es in dem letzten Satz der Beschlüsse:

"Sobald in den Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei konstituiert ist, hat die Kommunistische Partei aufgehört zu existieren."

Ausweislich des Zeitpunkts des Beschlusses bezieht sich dieser also auf ganz Deutschland. Daraus ergibt sich die juristische Konsequenz, daß die KPD formal nie aufgehört hat zu existieren, da die genannte Bedingung nie erfüllt wurde. Die KPD steht ausdrücklich zu diesem Votum ihres 15. Parteitages! Die (gesamtdeutsche) KPD besteht also in der Periode des 15. Parteitages weiter.

Die SED hatte demnach niemals einen Rechtsnachfolgestatus der KPD erlangt und somit natürlich auch nicht die PDS. Dieser Umstand wirkt sich vor allem auch auf die Vermögenswerte der KPD aus, über welche die SED/PDS heute in illegitimer Weise Verfügungsgewalt ausübt.

Die KPD und die Kommunisten / Sozialisten in ganz Deutschland erklären, daß die SED/PDS nicht die legitime Rechtsnachfolgerin der KPD ist.

Der korrekte Rechtszustand ist durch einen 16. (gesamtdeutschen) Parteitag der KPD wieder herzustellen, die auf diesem Parteitag rekonstituierte KPD wird somit alleinige, volllegitimierte Rechtsnachfolgerin.

AKTIONSPROGRAMM

Frieden, Abrüstung und Völkerfreundschaft

Trotzdem die vermeintliche Bedrohung durch die Sowjet-Armee und ihrer Verbündeten heute nicht mehr existiert, zeigen BRD-Regierung und NATO keinerlei Anstalten, die Hochrüstung zu stoppen oder gar abzurüsten. Wenn heute in den Medien von Abrüstung die Rede ist, so werden lediglich ältere Waffensysteme durch neue, effektivere ersetzt.

Die Bundeswehr reduziert zwar die Anzahl ihrer Soldaten, erhöht aber gleichzeitig deren Schlagkraft und Angriffsfähigkeit durch neue Waffensysteme und die Schaffung mobiler Eingreiftruppen nach US-Amerikanischem Vorbild.

Auch die tatsächlichen Rüstungsausgaben werden nicht etwa, wie man hätte erwarten können, gesenkt, sondern weiter erhöht.

Durch die einseitige Auflösung des Warschauer Vertrages und die internationale Entwicklung ist die Gefahr neuer Kriege nicht etwa gesunken, sondern vielmehr ist diese gefährlich angewachsen.

Anschauliches Beispiel dafür ist der Golf-Krieg, bei dem es darum ging, den Einfluß des NATO-Imperiums im arabischen Raum mit seinen Rohstoffen aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Während die BRD bei diesem Massaker vorerst nur finanzielle und logistische Unterstützung leistete, bereiten die Bonner Imperialisten bereits die Möglichkeit der aktiven Teilnahme an künftigen NATO-Feldzügen vor.

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen und deutsche Truppen dürfen sich unter keinen Umständen an Kriegen und militärischen Konflikten beteiligen, außer im Verteidigungsfall auf eigenem Territorium und dem verbündeter europäischer Nachbarstaaten.

Die KPD ist eine Partei des Friedens und der Völkerfreundschaft, sie versteht sich als Vorreiterin in der Friedensbewegung.

Deshalb fordert die KPD eine sofortige, drastische Abrüstung, das Verbot sämtlicher Rüstungs- und Waffenexporte, die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, den Austritt aus der NATO und deren Auflösung, den Abzug aller ausländischen Truppen und die Verabschiedung einer völkerrechtlich verbindlichen Nichtangriffs-Erklärung.

Die BRD soll sich international und in der UNO für die Völkerfreundschaft, insbesondere auch zu Regionen fremder Kulturkreise, einsetzen.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Warenhandel sind auf fairer und solidarischer Basis zu unterhalten. Der Bezug von Rohstoffen und Waren aus dem Ausland muß zu Konditionen erfolgen, die sich an nationalen und Europäischen sozialistischen, humanistischen Standards orientieren.

Ökologie

Die Zerstörung der Umwelt und der globalen Lebensgrundlagen nimmt trotz eines erhöhten Bewußtseins weiter kontinuierlich zu. Die auf Kapitalinteressen ausgerichtete bürgerliche Politik ist nicht in der Lage, der drohenden globalen ökologischen Katastrophe entgegen zu steuern.

Die Kommunistische Partei tritt für ein globales, koordiniertes ökologisches Denken und Handeln ein.

Wir Kommunisten / Sozialisten sprechen uns für auch drastische Einschränkungen industrieller Produktion aus, wenn diese aus ökologischen Erfordernissen angezeigt sind. Dem Schutz der Umwelt ist unbedingte Priorität vor dem gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsbedürfnis einzuräumen, die Lösung ökologischer Probleme darf nicht auf künftige Generationen abgeschoben werden.

Die KPD vertritt den Standpunkt, daß weniger gesellschaftliche Produktion und Konsumtion das zentrale Mittel zur Vermeidung von Umweltbelastungen ist, so daß sich alles wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhalten hiernach unterzuordnen hat. Weiterem ungehemmten Wachstum muß konsequent Einhalt geboten werden.

In der logischen Konsequenz bedeutet dies auch ein Umdenken in der Bevölkerungspolitik. Demographie und Hyperpopulation sind zentrale Bestandteile der ökologischen Frage. Dort wo weniger Menschen weniger produzieren und konsumieren, wird auch die Umwelt weniger belastet, und das ist was zählt.

Die Gesetze der Physik diktieren, daß auf dem Planeten nicht unendlich viele Menschen leben können. Die Frage ist also nicht OB es eine physikalische Grenze gibt, sondern WANN diese erreicht ist.

Damit ist nicht gemeint, lediglich Menschen mit ausreichend 3000 Kalorien täglich zu versorgen, so könnte man sicher auch 20 Milliarden oder mehr auf diesem Planeten ernähren. Vielmehr geht es auch darum, allen Menschen ausreichend natürlichen Lebensraum und Ressourcen für ein artgerechtes, selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Würde und unter kulturell angemessenen und gleichen Bedingungen zu gewährleisten.

Die Hyperpopulation führt zu den hinreichend bekannten Folgen des Verteilungskampfes, dessen Konsequenz die kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaftsordnung ist. Dem objektiven Verteilungs- und Klassenkampf kann die herrschende Klasse letztendlich nur durch faschistische Ordnungssysteme begegnen.

Da unter den Bedingungen der Hyperpopulation die grundlegenden materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse des Individuums nicht befriedigt werden können, dienen dem Kapitalismus Entfremdung und kapitalistische Warenproduktion dazu, aus den Lohnsklaven ein Maximum an Produktivkraft herauszupressen und Abhängigkeit von der Warenproduktion zu schaffen, gleichzeitig dadurch eine gewisse Grundversorgung an Konsumgütern sicherzustellen, die der Kompensierung der Defizite dienen soll.

Da die Frage der Hyperpopulation nicht kurzfristig, d.h. innerhalb der Zeitspanne von ein oder zwei Generationen zu lösen ist, fügt sich das Individuum aus der Perspektive des eigenen Horizonts in die Logik von Lohnsklaverei, Warenproduktion und Konsum.

Wer nicht jenseits der Grenzen der Physik lebt, ist also gehalten, Antworten auf das zentrale Problem hinter den Problemen - der Hyperpopulation - zu geben.

Daher strebt die KPD perspektivisch eine Reduzierung der Bevölkerungszahl in Deutschland auf 10 Millionen und weltweit auf 1 Milliarde Menschen an. Eine genaue Ermittlung demographisch sinnvoller Zahlen, die durchaus noch darunter liegen können, bleibt der weiteren Ausarbeitung durch die Wis-

senschaften vorbehalten. Dies ist nicht zuletzt auch abhängig von der Entwicklung von Technologie und Produktivkräften. Mit der Vorgabe 10 Millionen (Deutschland) / 1 Milliarde (global) wollen wir eine erste Orientierung geben und den wissenschaftlichen Diskurs zu diesem wichtigen Thema anstoßen. Für die aktuelle sozialistische Tagespolitik bedeutet dies, daß sich diesem Ziel alle anderen gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume und Rechtsnormen konsequent unterzuordnen haben. Staatliche Förderung darf nicht einem Schneeballsystem gleich auf Bevölkerungswachstum orientieren, sondern muß im Gegenteil auf dessen nachhaltige Reduzierung fokussieren.

Staatliche Orientierung auf Umweltschutz soll in einer sozialistischen Verfassung festgeschrieben werden. Bereits in den Schulen sind Ökologie, der Schutz der Umwelt und biologisch hochwertige Ernährung als Hauptfächer zu lehren.

Dazu gehört auch das Thema biologisch natürlicher und reiner Lebensmittel, auch diese müssen verfassungsmäßiges Recht für alle Menschen werden.

Es kann nicht angehen, daß sich nur noch Reiche solche hochqualitativen Lebensmittel leisten können, während für die Armen nur noch minderwertiges Junk-Food erschwinglich ist.

Mittelfristig sind Produktion und Handel nicht biologisch natürlicher und reiner Lebensmittel zu verbieten, in einer Übergangsphase sind Bio- Lebensmittelproduktion und Handel besonders zu fördern, u.a. durch Nachlaß oder Verzicht auf steuerliche Belastungen.

Für die Definition von Bio-Produkten ist ein hoher Standard anzulegen, wie bspw. nach Demeter-Richtlinien.

Umweltverträgliche Zukunftstechnologien und alternative Energieformen sollen vorrangig staatlich gefördert, besonders starke Umweltbelastungen hingegen mit erhöhten Steu-

ern sanktioniert, die Nutzung atomarer Kernenergie beendet und alle Atomkraftwerke nach einer kurzen Übergangsphase abgeschaltet werden.

Für die Reduktion von Schadstoffen und Umweltbelastungen aller Art sind strenge gesetzliche Zielvorgaben zu erlassen und durchzusetzen, um eine sukzessive Senkung von Belastungswerten zu erreichen.

Demokratische Grundrechte

Der Begriff der Demokratie ist im bürgerlichen Staat ad absurdum geführt, Demokratie findet nur noch alle vier Jahre als Medienspektakel statt. Tatsächlichen Einfluß auf das politische Geschehen hat der einzelne Bürger nicht.

Die Medienmonopole verweigern dem Wähler Informationen über die wirklichen Absichten der Herrschenden, so daß der Einzelne sich im Nachhinein nur noch wundern kann, daß alles ganz anders gekommen ist, als man ihm vorher propagandistisch versprochen hatte.

Wir Kommunisten / Sozialisten treten für eine Dezentralisierung von Entscheidungsgremien ein, die Bürger müssen in lokalen Räten weitestgehend selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden können.

Fragen von nationaler Bedeutung sollen in einem Nationalrat entschieden werden, welcher der direkten Kontrolle der Wählerschaft unterliegt, in welchem die Abgeordneten Rechenschaftspflichtig sind und jederzeit wieder abgewählt werden können.

Volksabstimmungen zu zentralen Themen sollen ermöglicht werden.

Gemäß Artikel 146 des Grundgesetzes der BRD ist eine neue demokratische Verfassung, unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte, in einer Volksabstimmung zu beschließen. Dabei können mehrere Verfassungsentwürfe zur Wahl gestellt werden.

Sofort aufzuheben sind die grundgesetzwidrigen politischen Berufsverbote, die fünf-Prozent-Klausel bei Wahlen, sowie alle Rechtsnormen, die eine freie politische Tätigkeit in Gesellschaft, Betrieben, Schulen und Universitäten einschränken.

In allen Bereichen der Gesellschaft sind eine umfangreiche Demokratisierung, sowie gleiche emanzipatorische Rechte für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, kultureller und sexueller Orientierung, Weltanschauung und Religion durchzusetzen. Die KPD tritt jeglichen Tendenzen von Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen entschieden entgegen.

Das sich neu formierende globale kapitalistische Imperium und seine nationalen Agenturen betreiben verstärkt den Abbau demokratischer und sozialer Grundrechte.

Durch die internationale Entwicklung verändern sich auch die ökonomischen Grundlagen für einen potentiellen künftigen Faschismus. An die Stelle der Kapitalinteressen des nationalen Kapitals als Basis faschistischer Herrschaft und imperialistischer Strategien, tritt tendenziell das international organisierte Kapital mit seinen transnationalen, imperialen Bedürfnissen.

Durch die technologische Entwicklung begünstigt, strebt das Imperium durch immer neue, weitergehende Rechtsnormen die Totalüberwachung aller Bürger an. Diese Entwicklung der schleichenden Faschisierung der Gesellschaft droht in einem künftigen HighTech-Faschismus des 21. Jahrhunderts zu münden. Die KPD fordert deshalb die Vernichtung aller Akten und Datenbestände und Abschaffung aller Systeme, welche geeignet sind flächendeckend in das informelle Selbstbestimmungsrecht aller Bürger einzugreifen.

Antifaschistischer Widerstand muß sich heute in erster Linie dieser neuen, veränderten globalen Bedrohungslage stellen.

Die KPD kämpft entschieden für die Verteidigung bestehender Grundrechte und deren emanzipatorischem Ausbau, auch innerhalb des bürgerlichen Staates. Sozialistische Demokratie ist im Kapitalismus natürlich nicht zu erzielen, jedoch sehen wir in der Wahrung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung eine zentrale Aufgabe sozialistischer Politik.

Freiheit, Pluralismus und sozialistische Demokratie sind wesentlicher Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Bürgerliche Freiheiten haben wir Kommunisten und die Arbeiterbewegung historisch dem Klassengegner im Klassenkampf erst abringen müssen.

Der "bürgerlichen Demokratie" setzen wir Kommunisten / Sozialisten sozialistische Demokratie entgegen, welche tatsächliche demokratische Freiheiten und Grundrechte auf sozialer Gleichheit gründet, ohne welche Freiheit und Demokratie nicht realisierbar sind.

Die KPD erklärt, daß politische Streiks und Generalstreik legitime demokratische Mittel in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind und fordert deren Legalisierung.

Die Medienmonopole und großen Verlagshäuser sind aufzulösen, um deren mediale und kulturelle Dominanz und undemokratische Vorherrschaft zu brechen. Alle demokratischen gesellschaftlichen Gruppen und Strömungen müssen jenseits von Ökonomie und kapitalistischer Marktlogik gleichen Zugang zu Produktion und Verbreitung von Presse und Medien erhalten, die gesellschaftlichen Ressourcen sind entsprechend aufzuteilen.

Das demokratische Grundrecht freier Meinungsäußerung darf nicht durch die Diktatur des organisierten Kapitals, respektive kapitalistischer Marktmechanismen ausgehebelt werden.

Demokratische Justiz

Seit der Annexion der DDR hat die Einflußnahme der Staatsmacht auf die sog. "unabhängige" deutsche Justiz weiter zugenommen. Bürger der DDR werden in völkerrechtswidriger Weise, mit dem Ziel der Einschüchterung ganzer Gesellschaftskreise, durch die Inszenierung politischer Schauprozesse vor BRD-Gerichte gezerrt. So werden Repräsentanten und Bürger der annektierten DDR de facto dem Siegerrecht der BRD unterworfen. Die KPD fordert deshalb die Freilassung aller politischen Gefangenen und freie Rückkehr der politischen Emigranten aus dem Exil.

Der BRD, selbst ein "Unrechtsstaat" mit dunkler Vergangenheit und Gegenwart und antidemokratischen Exzessen, kommt nicht das Recht zu, über die DDR und ihre Bürger juristisch zu urteilen.

Die KPD fordert eine demokratische Justiz auf der Grundlage humanistischer Rechtsnormen, um die bestehende Klassenjustiz abzulösen.

Das Rechtssystem der BRD garantiert nicht, daß vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Im Gegenteil, ist dieses so strukturiert, daß es Reiche begünstigt und Arme massiv benachteiligt.

Ein demokratisches Rechtssystem muß u.a. gewährleisten, daß jeder Bürger, unabhängig vom Geldbeutel, genau die selben Rechte und Möglichkeiten der juristischen Vertretung genießt. Dieses Recht darf nicht durch ökonomische Rahmenbedingungen beschnitten werden. Auch die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur sog. "Prozeßkostenhilfe" bewirken bei weitem nicht, daß der Klassencharakter der deutschen Justiz relativiert würde.

Für die Entlohnung von Rechtsanwälten ist ein System zu finden, welches diesen eine einheitliche Vergütung zukommen läßt, unabhängig von der Zahlungsfähigkeit der Klienten.

Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit

Sozial schwache, alte, kranke und behinderte Menschen oder ganz einfach Mitbürger, die nicht den gesellschaftlichen Leistungsnormen entsprechen können, aus welchen Gründen auch immer, bedürfen der besonderen sozialen Absicherung und Fürsorge.

Die Humanität einer Gesellschaft messen wir Kommunisten / Sozialisten daran, wie diese mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.

Dazu gehört eine ausreichende, menschenwürdige materielle Versorgung, als auch die Möglichkeit der sozialen und kulturellen Einbindung in das gesellschaftliche Leben.

Behindertengerechte Städte, keine Isolierung der Alten und vor allem eine freie, unbürokratische medizinische Versorgung für Jedermann von gleich hoher Qualität, sind von der Gesellschaft einzulösende Grundrechte.

Die KPD fordert ein einheitliches staatliches Gesundheitssystem, welches ohne bürokratische Voraussetzungen jedem Patienten jederzeit kostenlose medizinische Betreuung auf dem selben hohen Niveau gewährleistet.

Unter dem heutigen Gesundheitswesen der BRD kommen immer mehr Menschen in die Situation, über keine medizinische Versorgung mehr zu verfügen, weil sie sich diese nicht leisten können. Da aber das Ziel eines humanistischen Gesundheitssystems ja nur die Versorgung aller - ohne Ausnahmen - sein kann, sind die Finanzierungssysteme steuerlich entsprechend umzustrukturieren, weg von Zahlungssystemen basierend auf dem individuellen Geldbeutel, hin zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

Ausreichende materielle Versorgung und Teilhabe an gesellschaftlichem Leben und Kultur ist ein unveräußerbares Menschenrecht.

Im Kapitalismus wird der Mensch, sofern er nicht der Bourgeoisie, dem organisierten Verbrechen und Kapital angehört, bei seiner Geburt seines Menschenrechts auf Leben beraubt. In dem Sinne, daß er als mehr oder weniger Besitzloser sich erst den Normen der kapitalistischen Diktatur unterordnen muß, um sich sein Menschenrecht auf Auskommen, auf Partizipation an den gesellschaftlichen Werten und Produktivkräften in bescheidenem Umfang "zu verdienen".

Das natürliche, artgerechte, humanistische Menschenrecht, an allen Ressourcen in gleicher Weise Teil zu haben, wird somit durch die kapitalistischen Verhältnisse aufgehoben.

Eine Gesellschaft aber, welche alle Werte und Ressourcen privatisiert hat und das Individuum somit seiner Möglichkeit beraubt, in freier Selbstbestimmung seinen Lebensunterhalt aus seinem natürlichen Lebensraum heraus zu bestreiten, ist in der humanistischen Verantwortung, als Ausgleich entsprechende Kompensationsleistungen zu erbringen.

Eine Gesellschaft, die dies nicht leistet, stellt sich ausserhalb des Humanismus und der Menschenrechte.

Gegen dieses Verbrechen, dem Angriff auf das Leben des Individuums, ist jede Form humanen Widerstands moralisch legitim. Widerstand macht aber nur dann nachhaltigen Sinn, wenn er einer koordinierten politischen Strategie zur Überwindung der Verhältnisse dient.

Durch die weiter steigende Arbeitslosigkeit hat sich die Lebenssituation für immer mehr Menschen dramatisch verschlechtert. Wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, ausreichend gut bezahlte Arbeit zur Verfügung zu stellen, können die Opfer nicht zu unterbezahlter Lohnsklaverei verpflichtet oder einfach ihrem Schicksal überlassen und zu allmählichem Dahinsiechen und Tod auf Raten verdammt werden.

Nicht die Arbeitslosen sind in der Pflicht, sondern die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist es. Deren Defizite sind verantwortlich für die Krise, nicht die von angemessen bezahlter Arbeit ausgeschlossenen Menschen.

Daher fordert die KPD eine garantierte, staatliche, unbürokratische, einheitliche finanzielle Grundversorgung für alle Bürger.

Diese Grundversorgung muß deutlich über die heutige "Sozialhilfe" hinaus gehen und nahezu eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleisten, wie dies auch eine einfache Lohnarbeit nach Mindestlohn ermöglicht.

Anders als bei der "Sozialhilfe" ist die Gewährung dieser Kompensationsleistung so zu gestalten, daß eine völlige Versklavung der Betroffenen durch die Bürokratie nicht stattfindet. Es geht nicht darum Menschen zu erniedrigen und zu brechen, sondern deren Leistungspotentiale der Gesellschaft zu erhalten und nutzbar zu machen. Die Menschen, die von regulärer Lohnarbeit ausgeschlossen sind, sollen in die Lage versetzt werden, dennoch menschenwürdig leben zu können und sich Arbeits- und Betätigungsfelder nach eigenem Ermessen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu suchen.

Analog dazu kämpft die KPD für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der über der finanziellen Grundversorgung liegen soll.

Damit korrespondierend soll auch eine gesetzliche Obergrenze für persönliche Einnahmen und Vermögen in Höhe des Zehnfachen des Mindestlohns eingeführt werden. Läge der Mindestlohn bspw. bei DM 1.500,- (Netto), läge der höchste Satz entsprechend bei DM 15.000,- (Netto).

Mehr und produktivere Arbeit soll sich im Verdienst wiederfinden. Aber unter keinen Umständen kommt Menschen ein mehr als zehnfaches Recht auf Leben zu, auch nicht, wenn der eine gar nicht oder nur wenig arbeitet und ein anderer einen beruflichen 16-Stunden-Tag praktiziert. Kein Mensch kann aus humanistischer Perspektive soviel mehr arbeiten, daß dies dazu führt, daß wenigen immer mehr gehört und zunehmend mehr Menschen immer weniger bis gar nichts.

Die Verteilung von Ressourcen und Produktivkräften und damit korrespondierend das humanistische Menschenrecht auf

Leben kann nicht durch die Akkumulation von Werten durch eine Schicht besonders ausgekochter, nur auf den eigenen Vorteil bedachter Zeitgenossen beschnitten werden. Diese Umverteilung von unten nach oben und Akkumulation von Kapital stellt ein Verbrechen gegen die Menschenrechte dar.

Das gesamte System staatlicher Besteuerung und Einnahmen ist grundlegend umzustrukturieren, um die Finanzierung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit und damit die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten.

Lohn und Gehalt und sonstige Bezüge sollen Netto, steuerfrei gezahlt werden.

Die Besteuerung findet bereits auf betrieblicher Ebene statt. Besteuert werden soll nicht nur menschliche Arbeit, sondern vielmehr sind die staatlichen Einnahmen bei jeder Form der Mehrwertschaffung anzusetzen. Werden 100 menschliche Arbeitsplätze durch Maschinen und Technologie ersetzt, sind dennoch weiterhin staatliche Abgaben für 100 Arbeitsplätze zu entrichten.

Der technologische Fortschritt muß allen Menschen zugute kommen und darf nicht in der Konsequenz die Enteignung der breiten Mehrheit zu Gunsten der kapitalistischen Klasse zur Folge haben.

Jeglicher Mehrwert ist nach Abzug der Lohnzahlungen, betriebsbedingter Aufwendungen und Investitionsleistungen an den Staat abzuführen. Unternehmen, welche in Deutschland Produkte und Dienstleistungen anbieten und vertreiben, sollen auch in Deutschland steuerpflichtig sein.

Recht auf Wohnen

Das Recht auf Wohnraum muß in der Verfassung festgeschrieben werden.

Ausreichender Wohnraum für alle ist ein Grundrecht und darf nicht länger von Privateigentümern als Ware mißbraucht werden. Die KPD betrachtet die Anhäufung von Grund, Boden und Wohnraum in Privathänden über den eigenen Bedarf hinaus als ein Verbrechen kapitalistischer Gesellschaftsordnung.

Mit welchem Recht eigentlich besitzt der eine Bürger eines Landes mehr Boden als sein Nachbar?

Land, Grund und Boden und somit auch der Wohnraum müssen Gemeineigentum und durch alle Bürger in gleicher Weise nutzbar sein.

Ein einzelner Erwachsener soll Anrecht auf Wohnraum in der Größe von 70 m², ein zusammenlebendes Paar von 100 m², ein Paar mit Kind von 120 m² haben.

(Mehr Wohnraum für mehr Kinder wird nicht unterstützt, siehe Ökologie.)

Die Finanzierung von Bauten und deren Instandsetzung muß aus dem Volksvermögen geleistet werden, alle Großeigentümer von Wohnraum sind - bis auf den Eigenbedarf - entschädigungslos zu enteignen.

Arbeitswelt

Das Grundrecht auf Arbeit und Auskommen für alle muß in der Verfassung festgeschrieben werden. Die vorhandene Arbeit muß von Unternehmen und Staat, unter anderem durch das Mittel der Arbeitszeitverkürzung, auf alle Werktätigen gerecht verteilt werden.

Dort wo dies nicht möglich ist, haben die Menschen einen Anspruch auf garantierte staatliche, unbürokratische, einheitliche finanzielle Grundversorgung.

Die KPD tritt für die Vertretung der Werktätigen durch klassenbewußt handelnde Gewerkschaften ein, welche an allen betrieblichen Entscheidungen ein aktives Mitsprache- und Entscheidungsrecht erhalten sollen.

Sofern die bestehenden Einheitsgewerkschaften des DGB keine konsequente Vertretung der Lohnabhängigen und Opfer der kapitalistischen Verbrechen - in Arbeit, vor allem aber auch der Arbeits- und Erwerbslosen - zu leisten in der Lage sind, unterstützt die KPD den Aufbau einer neuen sozialistischen Gewerkschaft.

Das Festhalten an der Einheitsgewerkschaft macht dann keinen Sinn mehr, wenn diese Gewerkschaften bereits nachhaltig Teil des kapitalistischen Herrschaftssystems und dessen Erfüllungsgehilfen geworden sind. Daß es auch anders geht, zeigen die Beispiele im Europäischen Ausland.

Volles, auch politisches, Streikrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamte muß gesichertes Grundrecht werden.

Die Kommunistische Partei unterstützt das Mittel der Betriebsbesetzung als Kampfmaßnahme und die Bildung von Arbeiterräten zur direkten Interessenvertretung.

Der Kündigungsschutz kann zur Erlangung höherer betrieblicher Flexibilität gelockert werden, sofern die garantierte staatliche, unbürokratische, einheitliche finanzielle Grund-

versorgung eingeführt wurde und vor Inanspruchnahme der Grundversorgung für mindestens 3 Jahre ein Arbeitslosengeld in Höhe von 80% des letzten Netto-Einkommens gewährt wird.

Die häusliche Betreuung eines Kindes durch einen Elternteil ist für die ersten zehn Lebensjahre des Kindes durch den Staat als reguläre Arbeit zu werten und zu versichern und nach dem gesetzlichen Mindestlohn zu bezahlen.

Förderung der ökologischen Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und des Mittelstands

Die KPD geht davon aus, daß die Arbeiterklasse, Bauern, Handwerker, Freischaffende und Intelligenz, die Lohnabhängigen und gewerblichen Mittelschichten grundlegende gemeinsame objektive Interessen haben.

Das Eintreten der Kommunisten / Sozialisten für eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik ist darum eng mit dem Bemühen um die Verbesserung der Lage des ganzen werktätigen Volkes verbunden. Die Betriebe der ökologischen Bauern, besonders der Klein- und Mittelbauern und der gewerblichen Mittelschichten müssen vor dem Druck des Großkapitals geschützt und bspw. durch Steuerermäßigungen besonders gefördert werden.

Die Kommunistische Partei fordert den Schutz der Bauern und der Verbraucher vor der an den Interessen der Konzerne orientierten Agrarpolitik der EG, die Senkung der Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel und die Erhöhung der bäuerlichen Erzeugerpreise auf Kosten der Profite der Großunternehmen.

Betriebe der ökologischen Landwirtschaft in Produktion und Handel sollen die besondere Förderung des Staates genießen und bis zum Verbot nicht biologisch reiner Lebensmittel steuerlich entlastet werden.

Wir treten für die Förderung genossenschaftlicher Einrichtungen der ökologischen Bauern und der gewerblichen Mittelschichten ein.

Demokratische Bildungspolitik

Die KPD läßt sich von dem Grundsatz leiten, daß alle Bürger Anspruch auf eine vielseitige Bildung, auf freien Zugang zu den Erkenntnissen der Wissenschaft und zu Kunst und Kultur haben. Sie kämpft entschieden gegen die Unterwerfung des Bildungswesens, von Wissenschaft und Forschung, Kunst, Kultur und Medien, des gesamten geistigen Lebens unter das Profitstreben des Kapitals.

In diesen Bereichen die fortschreitende Kommerzialisierung abzuwehren, ist notwendiger Bestandteil des Kampfes zur Umkehrung des geistig-kulturellen Degenerationsprozesses unserer Kultur-Gesellschaft, hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

So streben wir eine Reform des Schulwesens an, mit dem Ziel gleiche Bildungsvoraussetzungen für alle Schüler durch ein einheitliches Schulsystem zu schaffen, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der besonderen Förderung überdurchschnittlich intelligenter Kinder und Jugendlicher. Die individuelle Förderung von Schülern muß sich an den intellektuellen Voraussetzungen und dem didaktisch Notwendigen orientieren und nicht an der sozialen Herkunft.

Oberstes Ziel des Schul- und Bildungswesens darf nicht länger die Konditionierung und Brechung der Kinder und Jugendlichen unter die Erfordernisse der bürgerlichen Kapitalverwertungsgesellschaft sein, vielmehr gilt es die freie Entfaltung der Persönlichkeiten, der Talente und Interessen des Individuums zu fördern.

Abschaffung des heutigen Notensystems und Sitzenbleibens sind hierzu wesentliche Voraussetzung.

Angleichung der Lehrinhalte an die realen Erfordernisse der späteren Erwachsenen, statt sturem tradieren von Schulwissen, täten ihr Übriges, um dem Besuch einer Schule wieder

neuen Sinn zu verleihen und zu einer natürlichen Entwicklung des Kindes beizutragen.

Die Kommunistische Partei wendet sich gegen die Diskriminierung sozial benachteiligter Schichten beim Hochschulstudium. Wir lehnen jede Form von Einschränkungen zum Zugang zu Hochschulen und Unterordnung des Bildungswesens unter die Interessen des Kapitals entschieden ab und kämpfen für die Autonomie von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Abgeschafft werden müssen der Numerus clausus und ähnliche Verfahren, welche den Zugang zu den Hochschulen sowie das Studium erschweren. Die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen sind entsprechend dem wachsenden gesellschaftlichen Bedarf auszubauen.

Im Interesse der Chancengleichheit und des Abbaus von Bildungsprivilegien fordern wir für Schüler und Studenten die Gewährung nicht rückzahlbarer, kostendeckender Stipendien.

Die KPD tritt für demokratische, selbstverwaltete Hochschulen ein, für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat und ihre gesetzliche Absicherung.

Kultur

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Medien, jenseits der Hegemonie des kapitalistischen und reaktionären Mainstream, bildet eine grundlegende Voraussetzung gesellschaftlicher Emanzipation.

Die Förderung der intellektuellen Avantgarde zur Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit ist zentraler Bestandteil des Wirkens der Kommunistischen Partei.

Wir halten es mit Bertolt Brecht: *Der Künstler hat nicht nur eine Verantwortung vor der Gesellschaft, er zieht die Gesellschaft zur Verantwortung.*

Der Entwicklung der wachsenden ökonomischen Abhängigkeit von Künstlern und Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen vom Wohlwollen und "Sponsoring" durch das organisierte Kapital tritt die KPD entschieden entgegen.

Die Förderung und soziale Absicherung von Kultur und Kulturschaffenden muß kapitalistischer Marktlogik entzogen und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe staatlich und öffentlich gefördert wahrgenommen werden. Hierbei ist die Vielfalt künstlerischer und kultureller Orientierungen und Strömungen zu gewährleisten, auch wenn diese dem herrschenden Zeitgeist und dem gesellschaftlichen Konsens widersprechen. Gerade in der freien Entfaltung von Kunst und Kultur sieht die Kommunistische Partei ein wichtiges gesellschaftliches Korrektiv.

Freier Zugang und Teilhabe für alle Menschen an Kunst, Kultur und Medien ist ein Grundrecht. Kunst und Kultur sind keine Waren, welche gehandelt nach Marktgesetzen lediglich bürgerlichen Oberschichten vorzuhalten sind.

Organisationsgrundlagen

Die KPD organisiert sich nicht allein in überholten Strukturen althergebrachter Gliederungsmodelle, wie diese aus den Anfängen der Parteibildungen im 19. und vom Anfang des 20. Jahrhunderts stammen. In unseren heutigen Gesellschaften haben sich differenziertere soziale und kulturelle Orientierungen der Menschen herausgebildet, die alten, starren Strukturmodelle sind nicht mehr ausreichend in der Lage, den veränderten gesellschaftlichen Artikulationsbedürfnissen gerecht werden zu können.

Die Mitglieder moderner Gesellschaften definieren sich nicht mehr vorrangig durch Regionen, Stadtteile oder Betriebszugehörigkeit, sondern zunehmend auch durch kulturell spezifische, projektbezogene Anliegen und Herausforderungen. Daher fördert die KPD, sich neben den klassischen Gliederungen in Orts- und Bezirksgruppen etc., auch in themenbezogenen Basisgruppen organisieren zu können, welche den klassischen Gliederungen gleichgestellt sind. Die Bildung mehrerer paralleler Basisgruppen vor Ort ist möglich.

Ziel ist eine möglichst breite Beteiligung und Artikulation gesellschaftlicher Kräfte aus allen Bereichen zu ermöglichen.

Die KPD ruft daher zur Bildung von Basisgruppen der KPD vor Ort auf der Grundlage dieses Manifestes auf. Bestehende Gruppen und Organisationen sind aufgerufen, sich an diesem Prozeß konstruktiv zu beteiligen und ihre Kräfte in solche Basisgruppen zu transferieren.

Übergangsweise gilt: Die verschiedenen Basisgruppen wählen regionale Koordinationskomitees der KPD, welche ein zentrales Koordinationskomitee wählen. Das bestehende und arbeitende Zentrale Koordinationskomitee der KPD initiiert, leitet und koordiniert diesen Prozeß, bis durch entsprechen-

de Wahlen neue Strukturen geschaffen oder alte bestätigt werden.

Vorrangige Aufgabe des Zentralen Koordinationskomitees ist die Vorbereitung des 16. Parteitags der KPD, auf welchem endgültige Regularien und eine Satzung zu beschließen ist.

Die Ausarbeitung eines weiterführenden sozialistischen Programms und dessen Verabschiedung nach gemeinsamen, kritischem, solidarischem Diskurs, wird dann Aufgabe der rekonstituierten KPD sein.